



Niederschrift

zur 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Ausschuss für Jugend und Soziales) der Stadt Lippstadt am 20.01.2016

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Hans Zaremba

stellv. Vorsitzender

Herr Josef Franz

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn
Frau Lisa Steltemeier

ordentliches Mitglied
stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Frau Christine Goussis
Frau Gabriele Oelze-Krähling

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied

BG-Fraktion

Frau Andrea Heymann

ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Gesterkamp

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Frau Stefanie Jungeblodt

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Waldemar Domanski

ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Fraktionslose

Frau Beatrix Geisen
Frau Dorothee Großekathöfer
Frau Marlene Keil
Frau Eva Brinkmann

ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied
ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Frau Mirja Harjes	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	
Herr Albert Groß	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	
Herr Christian Laws	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	bis Top 3
Frau Dr. Olivia Reh	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	
Herr Manfred Schnieders	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	
Herr Manfred Kappe	stellv. Mitglied	
Herr Reinhard Venjakob	stellv. Mitglied	
Frau Christel Scholz	stellv. Mitglied mit beratender Stimme	
Herr Martin Schulz	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme	
Frau Patricia Hardeel	sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme	

Verwaltung

Frau Karin Rodeheger	Erste Beigeordnete und Stadtkämmerin	bis Top 3
Herr Joachim Elliger	Fachbereich Recht und Ordnung	bis Top 2
Herr Manfred Strieth	Fachbereich Familie, Schule und Soziales	
Frau Helga Rolf	Fachdienst Jugend und Familie	
Herr Klaus Rennkamp	Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe	
Herr Benjamin Schönfeld	Fachdienst Soziales und Integration	

In öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Zaremba, begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete er Herrn Albert Groß als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (Vertreter der Kreispolizeibehörde Soest) entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Asylbewerber und Flüchtlinge in der Stadt Lippstadt

hier: Sachstandsbericht

377/2015

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch den Ausschussvorsitzenden gab Herr Strieth zunächst einen Überblick über die Zuweisungen von Flüchtlingen seit Januar 2013 (Anlage 1). In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass die "reguläre" Zuweisung mit 136 Flüchtlingen im Monat November 2015 ihren bisherigen Höchststand erreicht habe. Darüber hinaus zeigte er die Herkunftsländer (Zuwanderung allgemein) in den Jahren 2013 bis 2015 auf. Auf Nachfrage von Herrn Schulz zur auffällig hohen Anzahl der Zuwanderer aus Polen erklärte Herr Schnieders, dass viele polnische Staatsangehörige auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen, um hier z. B. als Helfer tätig zu werden.

Danach berichtete Herr Elliger umfassend zur aktuellen Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge, über die Belegung der Unterkünfte und die damit verbundenen Probleme sowie über den weiteren Betrieb der Notunterkünfte. Er betonte an dieser Stelle, dass die Stadt bei der Unterbringung bislang auf die Belegung von Turnhallen verzichten konnte.

Auf Nachfrage von Herrn Gesterkamp teilte Herr Schnieders mit, dass zwischenzeitlich sogenannte Integration-Points eingerichtet wurden und die Mitarbeiter zurzeit die von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Sprachkurse aufsuchen. Insbesondere wies er auf das sehr breite Leistungsspektrum der aktuell 1.929 TeilnehmerInnen in diesen Kursen hin. Herr Gesterkamp lobte ausdrücklich das bisher in der Flüchtlingsarbeit gezeigte Engagement und regte eine stärkere Koordination von haupt- und ehrenamtlich Tätigen auf diesem Gebiet an. In der weiteren Diskussion, an der sich Frau Geisen, Frau Harjes, Herr Franz und Herr Gesterkamp beteiligten, wurden verwaltungsseitig weitergehende Informationen zur Registrierung sowie zum Status der in Lippstadt lebenden Flüchtlinge, zur Hilfestellung durch Paten, zu bisher erfolgten Strafverlegungen und ihren Ursachen sowie zu den Kosten von Asylverfahren und des Betriebs von Übergangwohnheimen gegeben. Ferner wurden nähere Informationen zur Erteilung von Arbeitserlaubnissen für den Personenkreis der Asylbewerber und Flüchtlinge in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung zugesagt.

Danach erläuterte Herr Strieth die Angebote für Flüchtlinge (und andere Migranten), insbesondere in den Bereichen Sprache, soziale Betreuung, Kindertagesbetreuung und Schule und stellte den neuen hauptamtlichen Mitarbeiter in der sozialen Betreuung bei der Stadt Lippstadt, Herrn Benjamin Schönfeld, vor. Des Weiteren gab er gemeinsam mit Frau Rolf einen Sachstandsbericht zur Aufnahme von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Franz im Zusammenhang mit der Berichterstattung über negativ auffällig gewordene Flüchtlinge teilte Herr Strieth mit, dass zurzeit in der Verwaltung ein entsprechendes Informationspapier erarbeitet werde. Darüber hinaus sei es von Bedeutung, auch in den Sprachkursen der Vermittlung von Werten einen hohen Stellenwert zukommen zu lassen.

Abschließend wies Frau Geisen darauf hin, dass die Gesellschaft aufgrund der Zuwanderung auf dem Weg zu einer starken Veränderung sei. Auch sie wies den Integrationskursen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu und regte an, hier Muttersprachler als "Kulturmittler" einzusetzen.

3. Information des Fachbereiches Familie, Schule und Soziales zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2016
hier: Teilbereich Familie und Soziales
376/2015

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtete Herr Strieth anhand der als Anlage 2 beigefügten Übersichten über den diesjährigen Haushalt der Stadt Lippstadt, den Etat des Teilbereiches Jugend und Soziales für 2016, den Aufwand für den Teilbereich Jugend und Soziales und seine Entwicklung in den Jahren 2010 bis 2016. Als Gründe für den weiteren Anstieg der Aufwendungen und des Zuschussbedarfs nannte er insbesondere die erhöhten Aufwendungen für Flüchtlinge, den Ausbau der Kindertagesbetreuung, die gesetzliche Erhöhung der Zuschüsse, den Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst sowie "leicht" erhöhte Aufwendungen für ambulante und stationäre Jugendhilfeleistungen. In diesem Zusammenhang wies Herr Strieth darauf hin, dass der städtische Aufwand für die Transferleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge durch Bundes- und Landeszuschüsse anteilig refinanziert wird und die Erträge dem entsprechenden Produkt des Fachbereiches Recht und Ordnung zufließen.

Herr Franz nannte das Ziel der CDU-Fraktion, das im Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2016 genannte Defizit von ca. 12,7 Millionen Euro zu verringern, um eine Rücklagenminderung oberhalb des Schwellenwertes von 5 % zu vermeiden. Ansonsten erfolge die weitere Beratung dieser Vorlage in der Fraktion.

Herr Schulz sprach dem Fachbereich Familie, Schule und Soziales seinen Dank für die erarbeitete Vorlage aus und stellte fest, dass die in den allgemeinen Informationen enthaltenen Aussagen zum voraussichtlichen Haushaltsdefizit sich mittlerweile zum Positiven verändert hätten. Darüber hinaus wies er auf einen am 20. Januar 2016 in der Tageszeitung 'Der Patriot' veröffentlichten Artikel hin, wonach im Rahmen der Erstattung von Flüchtlingskosten die Stadt Lippstadt einen Überschuss in Höhe von etwa 2,5 Millionen Euro erwarte. Hierzu stellten Frau Rodeheger und Herr Strieth fest, dass diese Darstellung in der Presse missverständlich gewesen sei und bei der Stadt für die Hilfeleistung für Asylbewerber und Flüchtlinge auf jeden Fall ein Eigenanteil verbleibe.

Auf Nachfragen von Herrn Gesterkamp gab Herr Strieth Informationen zu den Leistungen nach dem SGB XII für ältere Menschen, zur Integration von Menschen mit einer Schwerbehinderung auf dem Arbeitsmarkt, zu dem beim Jobcenter gebildeten Team für Alleinerziehende sowie zu den Kosten für einen Mehrgenerationentreffpunkt.

Herr Zaremba bestätigte die bereits von Herrn Franz angesprochene weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Beratung der Vorlage in den Fraktionen und regte an, den Mehrgenerationentreffpunkt nach der Verabschiedung des Haushaltes im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

4. Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Bestimmungen des Bundeskinderschutzgesetzes zum Aufbau von Netzwerkstrukturen
379/2015

Nach Bekanntgabe der Vorlage durch den Ausschussvorsitzenden erinnerte Frau Rolf einleitend daran, dass bereits im Juni 2013 der Jugendhilfeausschuss darüber informiert worden sei, dass zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes gemeinsam mit den Jugendämtern im Kreisgebiet Soest Handlungsempfehlungen und Richtlinien entwickelt werden sollen.

Nachdem zwischenzeitlich verschiedene Handlungsempfehlungen/Richtlinien erarbeitet worden sind, lägen nunmehr die Handlungsempfehlungen zum Aufbau von Netzwerkstrukturen sowie der Handlungsleitfaden zur Qualitätsentwicklung gemäß §§ 79, 79a SGB VIII vor.

Die Handlungsempfehlungen zum Aufbau von Netzwerkstrukturen seien zwischenzeitlich in den drei Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII sowie in der "Kooperationsrunde für Kinderschutz und gegen häusliche Gewalt Lippstadt" vorgestellt und beraten worden. Alle Gremien hätten die Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auf Nachfrage von Herrn Franz informierte Frau Rolf über die Zusammenarbeit mit anderen Jugendämtern, insbesondere in Kinderschutzfällen nach § 8a Abs. 5 SGB VIII.

Im Anschluss daran fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

"Der Jugendhilfeausschuss stimmt den als Anlage beigefügten Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Bestimmungen des Bundeskinderschutzgesetzes zum Aufbau von Netzwerkstrukturen zu."

(Einstimmig zugestimmt)

5. Handlungsleitfaden zur Qualitätsentwicklung gemäß §§ 79/79a SGB VIII
378/2015

Nach Bekanntgabe der Vorlage verwies Frau Rolf zunächst auf ihre einleitenden Ausführungen zu Top 4. Ferner teilte sie mit, dass im nächsten Schritt eine Abstimmung über die Qualitätsentwicklung in den Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII erfolge. Im Anschluss daran seien die Überprüfung der Aufgaben der Verwaltung des Jugendamtes sowie die Information über den Sachstand im Jugendhilfeausschuss geplant.

Des Weiteren wurde verwaltungsseitig die Beantwortung der Anfrage von Herrn Franz zum Abschluss einer Berufsrechtsschutzversicherung für MitarbeiterInnen des Jugendamtes zu einem späteren Zeitpunkt zugesagt. Sodann fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

- "1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem als Anlage beigefügten Handlungsleitfaden zur Qualitätsentwicklung gem. §§ 79, 79a SGB VIII zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Qualität der Jugendhilfeaufgaben gemäß dem oben genannten Handlungsleitfaden
 - für die Gewährung und Erbringung von Leistungen
 - die Erfüllung anderer Aufgaben
 - den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII und
 - die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

gemeinsam mit den in Lippstadt tätigen Freien Trägern der Jugendhilfe weiterzuentwickeln. Über Ergebnisse der verschiedenen Qualitätsentwicklungsprozesse wird der Jugendhilfeausschuss informiert."

(Einstimmig zugestimmt)

6. Auswirkungen der Wohngeldnovelle zum 01.01.2016 375/2015

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes nannte Herr Strieth zunächst die Voraussetzungen für den Anspruch auf Wohngeld/Lastenzuschuss. Danach berichtete er über die Entwicklung der Anzahl der Wohngeld- bzw. Lastenzuschussempfänger (Anlage 3). Insbesondere wies er auf den Rückgang der Anzahl seit der letzten Wohngeldnovelle im Jahr 2009 hin und äußerte die Vermutung, dass die positive, wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sowie die in der Stadt gezahlten, relativ günstigen Mieten ihren Anteil hierzu beigetragen hätten. Des Weiteren stellte er die möglichen Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Wohngeld vor und appellierte an die anwesenden Vertreter der Presse, diese Information im Rahmen ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Ansonsten nahm der Jugendhilfeausschuss die Vorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

7. Verschiedenes

- a) Herr Strieth informierte den Ausschuss, dass das Land NRW erneut Mittel für die Einrichtung von 100 zusätzlichen Familienzentren bereitgestellt habe. Diese Mittelbereitstellung erfolge seit dem Kindergartenjahr 2012/2013 anhand eines Sozialindexes. So sei es zwar einerseits bedauerlich, dass die Stadt Lippstadt bei der neuen Bereitstellung nicht berücksichtigt wurde, andererseits könne diese Tatsache als Indiz dafür gewertet werden, dass die soziale Situation in Lippstadt vergleichsweise gut ist.
- b) Frau Rolf wies auf das nunmehr 20-jährige Bestehen des städtischen Jugendamtes hin.

gez. Hans Zaremba
Vorsitzender

gez. Klaus Rennkamp
Schriftführer